

Das Jahr 2022

– Russland/Ukraine-Krieg, politische Lösungsansätze, globale Folgen –

(Thesen)

Die internationalen Beziehungen des Jahres 2022 sind politisch, militärisch und ökonomisch wesentlich durch den Russland-Ukraine-Krieg geprägt. Die deutsche Ampelregierung sieht die Gesamtentwicklung als „Zeitenwende“ in der nationalen und globalen Politik.

I. Militärische und wirtschaftliche Aspekte

(1) Der anhaltende Russland-Ukraine-Krieg prägt die sicherheitspolitische Gesamtsituation und birgt geographische, militärische und ökonomische Eskalationsrisiken in sich. Nach einem Jahr Krieg ist eine Siegoption offensichtlich für keine Seite wahrscheinlich. Es ist eine Pattsituation entstanden. Die Ukraine kann sich nur durch die massive finanzielle und waffentechnische Unterstützung der westlichen Bündnisse NATO und EU halten. Der regionale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in Osteuropa wurde zu einem Stellvertreterkrieg der NATO unter Führung der USA gegen Russland und ist zu einem systemischen weltwirtschaftlichen Sanktionskrieg „West vs. Ost/Süd“ eskaliert. Die Unterstützung der Ukraine führt zu einer ambivalenten Situation eines stärkeren Zusammenhalts bei gleichzeitiger Zunahme von Divergenzen in den westlichen Bündnissen.

(2) Nach dem Scheitern des Überraschungscoups Russlands auf die Ukraine zum Sturz der Regierung in Kiew im Februar/März d.J., konzentrierten sich die russischen Aktivitäten auf die Eroberung des Donbass und der Südukraine (ca. 20 Prozent der Ukraine). Mit den Referenden zum Anschluss der separatistischen Volksrepubliken vom 23.-27. September, versuchte Russland politisch in die Offensive zu kommen. Der Anschlag auf die Kertsch-Brücke zur Krim am 8. Oktober spitzte die Gesamtsituation jedoch zu. Die Ausdehnung der flächendeckenden Zerstörung der kritischen Logistik Ukraine durch russische Raketenschläge (inkl. iranischer Drohnen) mit Schwerpunkten auf die Energie- und Wasserversorgung, auf das Transportsystem sowie die Führungszentren hatte katastrophale Wirkungen für die Ukraine (40-50 Prozent Zerstörung). Der (Anti-)Raketen-Vorfall Ukraine-Polen am 15. November und die unmittelbaren Reaktionen darauf, verdeutlichten die extreme Eskalationsgefahr. Die unmittelbaren Führungserklärungen sowohl Russlands, der USA und der NATO waren auf eine militärische Eingrenzung/Deeskalation ausgerichtet, im Gegensatz zu den Positionen Polens, der baltischen Staaten und der Ukraine. Ein direkter militärischer Konflikt ist jedoch nachdrücklich nicht im Interesse der USA/NATO und Russlands.

(3) Russland hat im Regionalkrieg mit der Ukraine die strategische Initiative. Das schließt eine Eskalationsdominanz bis hin zum (taktischen) Kernwaffeneinsatz ein. Seine relativ schwache Ökonomie (vergleichbar Italien) beschränkt aber drastisch die Flexibilität und schließt eine Gesamtbesetzung der Ukraine aus. Das war erklärtermaßen auch nicht das Ziel der sogenannten „Militärischen Sonderoperation“. Aus russischer Sicht sind die „Roten Linien“, die zum Krieg führten und ihn bestimmen: Die NATO-Ausdehnung nach Osteuropa (Kipppunkt: Aufnahmeaktivitäten der Ukraine); NATO/EU-Lieferungen von schweren „Offensivwaffen“ (Flugzeuge, Raketen größerer Reichweite, NATO-Panzer, ...); die unmittelbare Beteiligung mit NATO-Streitkräften sowie direkte Angriffe auf Russland.

(4) Für einen insbesondere in Deutschland diskutierten Einsatz russischer Kernwaffen wären zwei zentrale Bedingungen relevant – ein Kernwaffen-Angriff auf Russland und/oder eine Systemniederlage in einem konventionellen Krieg. Im Vorfeld des Russland-Ukraine-Krieges unterzeichneten die fünf Kernwaffenmächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China am 3. Januar 2022 eine Gemeinsame Erklärung, „dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Das ist im Nachhinein auch als Teil einer russischen und US-amerikanischen rückversichernden Risikobegrenzung im Rahmen der Kriegsvorbereitungen interpretierbar. Demgemäß wurden auch die während des Krieges durchgeführten russischen Tests von Interkontinentalraketen (20.4.22), von der „ordnungsgemäß informierten“ US-Regierung als „Routine“ und konform mit den New START-Verhandlungen gesehen. Dennoch werden theoretische Szenarien eines punktuellen Einsatzes von „Mini-Nukes“ in begrenzten Kernwaffeneinsätzen erörtert, was im Zeitalter von Cyberkriegsführung und künstlicher Intelligenz ein schwer kalkulierbares Risiko darstellt. In diesem Zusammenhang ist Putins Erklärung auf der jährlichen Waldai-Konferenz am 27. Oktober beachtenswert, als er ausführte, dass es „keine militärische oder politische Notwendigkeit für den Einsatz von Atomwaffen“ in der Ukraine gibt.

(5) Die Ukraine ist wirtschaftlich zurückgeblieben und im Krieg zusammengebrochen. Schon seit 1991, Jahrzehnte vor (!) dem Krieg hatte sie eine der schwächsten Volkswirtschaften Europas. Die Nachbarstaaten Belarus, Rumänien und Polen realisierten seitdem eine vergleichsweise dynamische Entwicklung (s. u. Tabelle „Wirtschaftsvergleich“). Das zeigt sich sowohl am ökonomischen Gesamtwachstum und ihrer Aufwuchs-Dynamik sowie insbesondere an der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Im ersten Kriegsjahr ist ein drastischer BIP-Rückgang der Ukraine von 35-50 Prozent zu konstatieren. Zwei Drittel der Arbeitskräfte sind z.Zt. nicht mehr wertschöpfend beschäftigt. 7-10 Millionen UkrainerInnen (ca. 20-25 Prozent) haben das Land als Flüchtlinge verlassen. Die Produktivität der ukrainischen Wirtschaft liegt im Vergleich zur EU bei unter 10 Prozent und ist um Jahrzehnte zurückgeblieben.

Wirtschaftsvergleich von Staaten Mittel-/Osteuropas (1991 - 2021)						
	Bevölkerung	Wirtschaftswachstum (BIP)			BIP pro Kopf	
	Mio.	Mrd.-\$			Tsd.-\$	
	1991 - 2021	1991	Aufwuchs	2021	1991	2021
Ukraine	52 - 44 (-15%)	77	x 2,6	200	1.486	4.836
Belarus	10 - 09 (-10%)	18	x 3,8	68	1.766	7.304
Russland	148 - 143 (-3%)	518	x 3,4	17.760	3.490	12.173
(EU) Rumänien	23 - 19 (-17%)	29	x 9,8	284	1.261	14.862
(EU) Polen	38 - 38 (stabil)	86	x 7,8	674	2.236	17.841
(EU) vgl. Deutschland	80 - 83 (+4%)	18.690	x 2,3	42.230	23.358	50.802

Quellen: Statista. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

(6) Die Ukraine erfüllt weder die „Kopenhagener Kriterien“ von 1993 für eine EU-Mitgliedschaft noch die Bedingungen für eine NATO-Aufnahme: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Beitrag zur Bündnissicherheit. Die Schaffung entsprechender Bedingungen für eine Aufnahme in die EU beansprucht Jahrzehnte (Beispiel Türkei: 1998 Beitrittskandidat, 2005 Verhandlungsbeginn, 2022 Mitgliedschaft nicht absehbar). Das führt in den Bereichen Finanzierung, Waffenlieferungen, humanitäre (Flüchtlings-)Hilfe sowie Entwicklung eines „Marshallplan“ zum Wiederaufbau der Ukraine zu Widersprüchen sowie einer Verstärkung zentrifugaler Tendenzen innerhalb der EU und NATO. Grundvoraussetzungen sind ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen – so z.B. die Forderung von 60-70 Prozent der deutschen Bevölkerung. Dies wird aber von der Ampelregierung nicht aktiv angegangen.

II. Politische Auswege

(7) Da es militärisch keinen Sieg geben wird, sind politisch-diplomatische Lösungen unabdingbar. Es geht dabei um einen „Kompromiss-“ und keinen „Diktat-Frieden, der den Kern künftiger Konflikte/Kriege in sich tragen würde. Während der vergangenen Kriegsmonate hat es bereits vielfältige Vorschläge, Verhandlungen und erfolgreiche praktische Aktivitäten zur Lösung von Teilaspekten gegeben:

- Schon im März/April 2022 fanden russisch-ukrainische Verhandlungen statt, die eine Reihe Punkte möglicher künftiger Lösungen enthielten (u.a. Waffenstillstand; Neutralitätserklärung der Ukraine, zumindest keine NATO-Mitgliedschaft; ein 15-Jahre-Moratorium über die Krim; Autonomie/Teilautonomie der südlichen „Volksrepubliken“; Rückzug der russischen Truppen auf die Positionen vor Kriegsbeginn). Auf Druck Großbritanniens und der USA zog die Ukraine die Ergebnisse zurück.
- Unter Vermittlung der UNO und Kontrolle der Türkei wurde eine vertragliche Regelung für den Export von Landwirtschaftsprodukten (insb. Weizen) und Düngemitteln der Ukraine und Russland vereinbart. Dadurch konnte eine Hungerkatastrophe in Staaten Afrikas verhindert und Versorgungsengpässe in der EU abgemildert werden.
- Beim Vormarsch der russischen Truppe in der Südukraine wurde am 2. März das Kernkraftwerk Saporischschja übernommen. Nach Vermittlung durch die UNO, einigten sich Russland und die Ukraine über die Kontrolle der Reaktorsicherheit durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) ab September. Zur Einrichtung einer Schutzzone fanden Gespräche statt. Russland erklärte das Atomkraftwerk am 22. Oktober zu russischen Eigentum.
- Seit Mai, insbesondere nach dem Fall von Mariupol, finden fortlaufende Gespräche und mehrfach die Realisierung des Austausches von Gefangenen zwischen der Ukraine und Russland statt.

Zurzeit blockiert die Ukraine durch Maximalforderungen die Lösung des Konfliktes. Sie fordert eine Rückgewinnung ihres Staatsgebiets einschließlich der Krim als Voraussetzung für einen Frieden: "Es wird Frieden geben, wenn wir die russische Armee in der Ukraine zerstören und die Grenzen von 1991 erreichen." (Präsidentenamtsschef Jermak).

(8) Dennoch bietet die gegenwärtige Situation Möglichkeiten für Verhandlungen. Militärisch ist eine operative Patt-Situation an den Fronten entstanden. Der Kriegsverlauf zeigt

deutliche Zeichen einer prekären Abnutzungs-/Zermürbungssituation, die anstehende „Winterperiode“ schafft für die Streitkräfte und die Bevölkerung in der Ukraine extreme Widrigkeiten und einschränkende Lebensbedingungen für die Versorgung und Mobilität. Russland hat wesentliche Teilziele, wie die Sicherung der Krim und die Besetzung großer Teile der Ost-/Südukraine erreicht. Auch die Ukraine hat militärische Teilerfolge erzielt, ist aber aus eigener Kraft (trotz Unterstützung des Westens) nicht fähig, die Gesamtsituation zu ihren Gunsten zu verändern.

Die entscheidende Verantwortung für einen Durchbruch zur Beendigung des Krieges und für Verhandlungslösungen liegt bei den USA und Russland. In den letzten Monaten findet auf der politischen und militärischen Arbeitsebene eine Intensivierung der Kommunikation zwischen beiden Seiten statt. Vorteilhaft sind auch die fortlaufenden stabilen Konsultationen USA-Russland im Rahmen der New START-Verhandlungen zur weiteren Begrenzung der strategischen Raketenkernwaffen beider Seiten bis 2026. Eine Fortsetzung ist zur Erhaltung der Gesamtatmosphäre und der strategischen Stabilität notwendig. Die Europäische Union ist u.a. aufgrund ihrer tiefen inneren Differenzen, u.a. mit Blick auf das Sanktionsregime und die Russlandpolitik, zu einer gemeinsamen Verhandlungsinitiative zu Lösung des Ukraine Konfliktes nicht in der Lage. Außerdem wird sie seitens Russlands als „Kriegspartei“ auf Seiten der USA mit wenig politisch-militärischen Eigenspielraum wahrgenommen. Möglich wäre hier eher eine deutsch-französische Positionierung (offen auch für andere EU-Staaten) mit der Forderung an Russland und die USA entsprechende Aktivitäten zu ergreifen. Das würde auch korrespondieren mit den zunehmend kritischen medialen Stimmen sowie Positionen in den Führungskreisen auch dieser Staaten. Der Ukraine sind dabei nüchtern und realistisch, auch mit Verweis auf die finanziellen, ökonomischen und militärischen Realitäten der EU-Unterstützung (insb. durch Deutschland und Frankreich), die Grenzen und vor allem Möglichkeiten ihrer künftigen Entwicklung aufzuzeigen.

(9) Die Anbahnung und vor allem die Führung der Verhandlungen zur Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges und der Herstellung einer stabilen Friedenssituation wird ein sehr langfristiger und komplizierter Prozess. Die Ursachen des Krieges haben sich über Jahrzehnte angestaut und liegen tief in der Geschichte Russlands und Osteuropas.

Für den gesamten Prozess sind Vermittler-, Garantie- und Kontrollstaaten sowie Schlichter bei Streitigkeiten notwendig. Wesentliche Funktionen kann die UNO und ihre Spezialorganisationen übernehmen. Ob auch die OSZE kann hier (wieder) eine Rolle übernehmen kann muss geprüft werden und kann nur durch beidseitige Zustimmung erfolgen. Wichtig ist eine ausreichende und verlässliche Anzahl von Staaten, die nicht als Konfliktpartei in Erscheinung traten und bereits über Erfahrung bei entsprechenden Aufgaben der Vermittlung wahrgenommen haben. Möglichst sind dafür neutrale Staaten in Anspruch zu nehmen bzw. solche, die eine glaubwürdige Neutralität zum Konflikt aufweisen. Denkbar sind u.a. Schweiz, Türkei, Südafrika, Indien und China. Diese Staaten könnten auch als Schutz-/Garantiemächte mit UN-Mandat fungieren, inklusiv der Übernahme langfristiger UN-Blauhelm-Missionen.

Akuter Schwerpunkt ist, vor allem um Verhandlungszeit zu gewinnen, die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen und eine beidseitige Erklärung zum Waffenstillstand. Dem sollten Truppenentflechtungen entlang der gegenwärtigen Frontlinien folgen, der Rückzug schwerer Waffen aus den Konflikträumen sowie die kontrollierte Schaffung entmilitarisierter Korridore und Zonen. Zu Beginn der Verhandlungen sind nüchtern die Interessen und Bedrohungsannahmen beider Seiten zu analysieren, möglichst schriftlich zu erfassen und zur

Grundlage der Verhandlungen zu machen (z.B. Mitgliedschaft Ukraine: EU ja, NATO nein). Dabei ist auch auf Kernelemente der Verhandlungen vom März/April 2022 zurückzugreifen. Inwiefern Festlegungen aus den Minsker-Abkommen von 2015 wieder aufgenommen werden ist kritisch zu prüfen. Das Wiederaufbauprogramm sollte den betroffenen ukrainisch-russischen Gesamttraum erfassen und möglichst in einem „Projekt EU-Ukraine-Russland“ realisiert werden. Das könnte eine beschleunigte, relativ ausgewogene ökonomisch-soziale Entwicklung der Region gewährleisten und künftige Konflikte verhindern. Jeder Teilschritt sollte begleitet werden mit der Aufhebung von Sanktionen. Dabei könnte die EU/Deutschland im eigenen Interesse eine Initiativrolle übernehmen.

III. Deutschlands Situation

(10) Deutschland wurde durch den Russland-Ukraine-Krieg und die neokonservative „Zeitenwende“ in eine multiple Krise gestürzt. Wesentliche Ergebnisse der Friedenspolitik, der Rüstungsbegrenzung, der ökonomischen und sozialen Stabilität sowie des ökologischen Gesellschaftsumbaus wurden um Jahrzehnte zurückgeworfen. Forderungen und Ambitionen nach einer größeren „Verantwortung“ sowie „Führungsrolle“ Deutschlands in der EU gehen an den historischen Erfahrungen und den aktuellen Realitäten des Landes unter einer instabilen Ampelregierung vorbei. Im Gegenteil, das innenpolitische Konfliktpotential nimmt zu und führt zu ökonomischen, sozialen und politischen Krisen. Eine ökonomische Schwächung und politisch-soziale Destabilisierung Deutschlands sind nicht auszuschließen.

(11) Deutschland ist ein Schlüsselland im Russland/Ukraine-Konflikt. Seitens der USA und der osteuropäischen Verbündeten wird massiver Druck ausgeübt, damit sich Deutschland, als ökonomische stärkstes EU-Land umfassender an der Unterstützung der Ukraine gegen Russland beteiligt (Sanktionen, Finanzierung, massenhafte Waffenlieferungen). Die Ampelregierung ist dabei im Rahmen der EU-Sanktionspolitik – bei Diffamierung, Ausbremsung und Abbruch jahrzehntelanger erfolgreicher Wirtschafts-/Kooperationsbeziehungen – selbst Treiber der Anti-Russland-Konfrontation.

(12) Tendenzen hin zur Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sind unübersehbar. Die Verteidigungs-/Rüstungspolitik wird angesichts der Herausforderungen konzeptionell überarbeitet. Die Bundeswehr – nach 1995 von einer Verteidigungsarmee zur Armee im (Auslands)Einsatz entwickelt – wird in Neubewertung der Sicherheitslage in Europa reformiert und in den nächsten 10-15 Jahren auf „klassische“ Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet. Eine Anschubinvestition von 100 Milliarden Euro zur Neuausrüstung ist bewilligt, das „2-Prozent-Ziel“ der NATO und damit eine dauerhafte Steigerung des Rüstungshaushalts (70 Mrd. € + X) ist beschlossen. Waffentechnische Großprogramme im Gesamtspektrum von Heer, Luftwaffe und Marine werden angeschoben. Kanzler Scholz hat den Aufbau eines Luftverteidigungssystems im Rahmen der militärischen EU-Kooperation vorgeschlagen.

(13) Dennoch sind in der NATO- und EU-Sicherheitspolitik deutliche Differenzen im Bündnis unübersehbar. Von besonderer Bedeutung ist das Verhältnis Deutschlands zur USA als politischer und militärischer Verbündeter, als ein Hauptwirtschaftspartner und zunehmend imperialer Konkurrent. Durch die verstärkte transatlantische Orientierung der Ampelregierung stellen sich Fragen hinsichtlich der Souveränität der EU und Deutschlands.

Die Problematik wurde im letzten Jahrzehnt intensiv analysiert (SWP-Studien 2013, 2021), aber unzureichend mit praktischer Politik unterlegt. Der Russland-Ukraine-Konflikt spitzt die Situation zu. Kernaspekte sind die Verstärkung (statt Abzug) von US-Truppen in Europa, Modernisierung der Atombomben in Büchel sowie die Neubeschaffung entsprechender Trägerflugzeuge, die Rolle „Rammsteins“ sowie die Schaffung eines neuen US-Führungskommando bei der Koordinierung der Ukraine-Hilfe durch die NATO.

(14) Der Sabotage-Anschlag auf North Stream 1 und 2 am 26. September 2022 ist ein Präzedenzfall, ein schwerer Angriff auf die Souveränität Deutschlands sowie ein Anschlag auf ihre strategisch wichtige Infrastruktur. In einem Akt von militärischem Staatsterrorismus wurden deutsche Optionen für eine sichere Gasversorgung durch Russland mittelfristig zerstört. Eine Untersuchung des Anschlags gemeinsam mit Deutschland wurde sowohl von Dänemark als auch Schweden abgelehnt mit dem Hinweis, dass die „Sicherheitseinstufungen der Ermittlungsergebnisse zu hoch seien, um diese mit anderen Staaten zu teilen“. Ausgehend von den Möglichkeiten der Militärtechnik, den entsprechenden Kapazitäten, der Organisation usw. deutet die Mehrheit der Hinweise, Interessen und Motive für diesen Sabotageakt auf Aktivitäten durch NATO-Verbündete (Großbritannien, USA, ...). Das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium verweigern bei Anfragen eine offene Informationspolitik: Die Regierung „sei nach sorgfältiger Abwägung zu dem Schluss gekommen, dass weitere Auskünfte aus Gründen des Staatswohls nicht – auch nicht in eingestufte Form – erteilt werden können.“ Dieser Präzedenzfall hat langfristige bündnispolitische Folgen. Jeder Führungsverantwortliche Deutschland muss in Zukunft entsprechende staatsterroristische Aktivitäten auch von Verbündeten einkalkulieren und für verteidigungspolitische Sicherungsmaßnahmen Vorkehrungen treffen.

(15) Die Ampelregierung Deutschlands ist nach einjähriger Amtszeit bislang nicht in der Lage, das internationale Kräfteverhältnis und die Interessen des eigenen Landes realistisch einzuschätzen sowie daraus eine praktikable Strategie zu entwickeln. Sie verunsichert Verbündete und fügt der Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands Schaden zu. Die Wirtschaftsinstitute Deutschlands prognostizierten in ihrer „Gemeinschaftsdiagnose“ vom 29. September 2022, angesichts von Energiekrise, Inflation und Rezession: „Wohlstandsverluste“ bis 2027. Mit Orientierung auf eine sich verändernde Weltordnung ist für Februar 2023 die Vorlage einer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ angekündigt.

IV. Neue Weltordnung

(16) Die Weltpolitik im 21. Jahrhundert ist geprägt durch eine widerspruchsvolle Multipolarität. Es entwickelt sich eine neuartige weltweite Lagerbildung des „Westens“ (G7, NATO, EU) unter der Ägide einer problematischen USA-First-Politik in Konfrontation zum „Osten/Süden“ (BRICS, Shanghai), mit dem Kern China/Russland. Der weltwirtschaftliche Sanktionskrieg „Westen vs. Osten/Süden“ ist nicht gewinnbar. Die historische Grundtendenz, die ökonomischen und militärischen Entwicklungen sowie die politischen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in den letzten Jahrzehnten sind gegenläufig (s. u. Tabelle „Block-Vergleich“). Die sich anbahnende konfrontative Bipolarität der Hauptmächte USA vs. China sowie die zwischenimperialen Widersprüche auch innerhalb der Machtblöcke, führen zu Einflussverlusten Russlands aber auch der Europäischen Union.

Weltwirtschaftlicher "Block-Vergleich" G7 vs. BRICS (2020)									
	Bevölkerung	Bruttoinlandprodukt				Außenhandel (Krisenjahr)			
		2000 zu 2020		\$ pro Kopf	% global	Export Mrd.-\$	Import Mrd.-\$	Saldo Mrd.- \$	Quote %
		Mrd.-\$	Mrd.-\$						
Mio.	Mrd.-\$	Mrd.-\$							
Gesamt-Welt	7.840	34.040	85.240	10.872	100,0	17.070	17.376	-	-
G7 "Westen"									
USA	330	10.251	20.894	63.315	24,5	1.425	2.407	-982	18
Kanada	38	745	1.643	43.237	1,9	391	415	-24	49
Großbritannien	67	1.665	2.708	40.418	3,2	400	638	-238	38
Japan	126	4.888	5.040	40.049	5,9	635	641	-6	26
(EU) Deutschland	83	1.943	3.806	45.855	4,5	1.380	1.173	207	67
(EU) Frankreich	67	1.362	2.603	38.851	3,1	489	581	-92	41
(EU) Italien	60	1.144	1.886	31.433	2,2	500	427	73	49
Gesamt	771	21.998	38.580	Ø 43 T€	45,1	5.220	6.282	-1.062	Ø 41
BRICS "Osten/Süden"									
Brasilien	213	656	1.449	6.803	1,7	209	166	43	26
Russland	144	278	1.483	10.299	1,7	333	240	93	39
Indien	1.380	477	2.668	1.933	3,1	276	373	-97	24
China	1.402	1.206	14.863	10.601	17,4	2.590	2.066	524	31
Südafrika	59	152	335	5.678	0,4	86	84	2	51
Gesamt	3.189	2.769	20.798	Ø 7 T€	24,4	3.494	2.929	565	Ø 34

Quellen: Bundesstatistik, Statista, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Die gegenwärtige Weltbevölkerung wird in diesem Jahrhundert von 8 auf ca. 10 Milliarden anwachsen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich der „Süd-Regionen“ – Südostasien, Indien, insb. Afrika und auch Lateinamerika. Bemerkenswert ist die Dynamik einer aufholenden Wirtschaftsentwicklung der Ost-/Südstaaten gegenüber dem „Westen“ (2000 bis 2020 BIP-Steigerung im Verhältnis 7:2). Die noch vorhandene absolute Lücke (BIP 1:2 und v.a. BIP pro Kopf 1:6) verdeutlichen allerdings die Langfristigkeit dieses Prozesses. Der „entscheidende 10-Jahres Zeitraum“, den Biden und auch Putin in den letzten Monaten mehrfach postulierten, ist zu kurz kalkuliert. Strategisch ist die Dimension mehrerer Jahrzehnte, wenn nicht sogar das 21. Jahrhundert insgesamt, in den Blick zu nehmen. Die Ergebnisse der jüngsten Gipfelkonferenzen – G20-Staaten auf Bali und Welt-Klimakonferenz in Ägypten – dokumentierten erneut, eine eher verstärkte, sich längerfristig zuspitzende Konfrontation. Diese geht einher mit einer Verlangsamung der Prozesse bei der Lösung globaler Problemlösungen, mit dramatisch negativen Folgen, inklusive eines partiellen Scheiterns (Klimaveränderungen, Hungerkatastrophen, Flüchtlingsströme, Wirtschaftskrisen, Energie-/Rohstoffknappheit, Massenverelendung). Sie zeigen aber auch das „neue Selbstbewusstsein“ der Ost-/Südstaaten. Eine funktionierendes globales Sanktions-/Boycottregime zur Isolation Russland“ und zur „Entkopplung“ Chinas ist westliches Wunschdenken und entspricht nicht den realen Kräfteverhältnissen.

(17) Umorientierung Russlands. Weitgehend von westlichen Führungen, so auch von Ministern der unerfahrenen Ampelregierung Deutschlands, in ihren Konsequenzen nicht verstanden, wird in diesem Zusammenhang die geostrategische Umorientierung Russlands. Mit Blick auf die Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse in den letzten drei Jahrzehnten – Machtverluste der USA/des Westens, der Aufstieg Chinas zur Globalmacht und der dynamischen Entwicklung einer Vielzahl von Schwellenländern – gibt Russland seine klassische „Europa-Orientierung“ der vergangenen Jahrhunderte schrittweise auf. Die Abwendung von Westeuropa/EU und Umorientierung auf EurAsien (lt. Trenin zugespitzt: „Großasien statt Großeuropa“) in strategischen Partnerschaften mit China (Freundschaftsvertrag 2001) und Indien sowie die Instrumentalisierung neuartiger Großorganisationen (1996/2001 Shanghai Organisation, 2009 BRICS) bestimmen zunehmend die Politik Russlands. Dabei stützt es sich v.a. auf seine Aktivposten als weltgrößter Rohstoffversorger und als Raketenkernwaffenmacht erster Kategorie. Das schließt Vorbereitungen und Durchhaltevermögen in politisch-wirtschaftlichen Handels-/Sanktions- sowie militärischen Regional-Kriegen ein.

(Lutz Kleinwächter, 20.11.2022)